



# Amtsgericht Burg

**3 C 288/20**

Verkündet am 08.10.2020

Stark, Justizhauptsekretärin  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

## Im Namen des Volkes Urteil

In dem Rechtsstreit

Matthias Günther, Bürgermeister der Stadt Genthin, Am Marktplatz 3, 39307 Genthin  
Geschäftszeichen: bna-bschob-2020/06034

Kläger

Prozessbevollmächtigte: CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuer-  
beratern mbB, Lennèstraße 7, 10785 Berlin

gegen

1. Nicole Golz, c/o Gemeinde Parey, Ernst-Thälmann-Straße 15, 39317 Elbe-Parey

2. Harald Bothe, c/o Stadt Jerichow, Karl-Liebke-Straße 10, 39319 Jerichow

Beklagte

hat das Amtsgericht Burg auf die mündliche Verhandlung vom 17.09.2020 durch die Richterin  
am Amtsgericht Walter für Recht erkannt:

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreits.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Kläger kann die Vollstreckung gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrages

abwenden, wenn die Beklagten nicht vor der Vollstreckung Sicherheit in gleicher Höhe leisten.

## **Tatbestand**

Die Parteien sind in ihrer Eigenschaft als Bürgermeister zugleich die Vorsitzenden des Tourismusvereins Genthin, Jerichow, Elbe-Parey e.V. mit Sitz in Genthin (im Weiteren Tourismusverein). Die drei Vorsitzenden bilden den geschäftsführenden Vorstand, wobei jeweils zwei gemeinsam vertretungsberechtigt sind. Zusammen mit Kassensführer und drei weiteren Beiräten bilden sie den Gesamtvorstand, der nach § 8 Nr. 3.6 für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig ist, die wirtschaftlich oder finanziell von weittragender Bedeutung sind. Des Weiteren gibt es noch die Mietgliederversammlung.

Der Tourismusverein ist alleiniger Gesellschafter der QSG Qualifizierungs- und Strukturförderungsgesellschaft mbH (im Weiteren QSG), dem wesentlichen Vermögensgegenstand des Tourismusvereins. Geschäftsführer ist Herr Lars Bonitz, der nach seinem Geschäftsführerdienstvertrag vom 18.10.2017 für Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, die ausdrückliche Zustimmung der Gesellschafter einzuholen hat.

Der Kläger ist seit Juli 2018 Bürgermeister der Stadt Genthin und löste damit Herrn Thomas Bartz als 1. Vorsitzenden des Vereins ab. Nachdem seine Fragen zum Jahresabschluss 2018 von Herrn Bonitz nicht beantwortet wurden, sind die Beklagten mit anwaltlichem Schreiben vom 29.05.2020 im Namen der Stadt Genthin aufgefordert worden, die auch hier streitgegenständlichen Fragen zu beantworten. Mit Schreiben vom 16.06.2020 wurde eine Nachfrist bis 19.06.2020 gesetzt. Die Auskunftsklage wurde am 19.06.2020 eingereicht. Am 24.06.2020 antwortete die Beklagten zu 1) auch im Namen des Beklagten zu 2), dass zu den gestellten Fragen keine Unterlagen vorlägen. Die Beklagten wurden daraufhin aufgefordert daran mitzuwirken, dass Herr Bonitz die gestellten Fragen beantwortet, was von den Beklagten abgelehnt wurde.

Am 30.07.2020 fand eine Gesellschafterversammlung der QSG statt. Der Fragenkatalog wurde dort nicht im Einzelnen durchgegangen. Es wurde jedenfalls geklärt, dass der Kaufpreis für den Hausmeisterservice 100.000,00 € betrug und der Verkauf des Grundstückes Kaimauer ohne Gesellschafterbeschluss erfolgt ist.

Der Kläger ist der Auffassung, er habe gegenüber den weiteren Vorstandsmitgliedern Anspruch auf Auskunft über bestimmte Geschäftsvorfälle. Es bestehe eine Pflicht zur gegenseitigen Kontrolle und es bestehe auch eine besondere Treuepflicht. Zum Amt des Vorstandes gehöre auch die Überwachung der Geschäfte der QSG, da Vereinsvermögen zweckgerichtet einzusetzen ist. Die Fragen müsse der Geschäftsführer nach § 51a GmbHG beantworten und nach der Satzung des Vereins müssten zwei Mitglieder des Vorstandes handeln.

Nachdem der Kläger Erledigung bezüglich zwei der gestellten Fragen erklärt hat, beantragt er nunmehr:

I. Die Beklagten werden verurteilt, dem Kläger folgende Auskünfte zu erteilen:

1. An welchem Tag schloss die QSG Qualifizierungs- und Strukturförderungsgesellschaft mbH den Kaufvertrag über den Hausmeisterservice Heinrich e. K.?

3. Lag der Ermittlung des Kaufpreises für das Handelsgeschäft des Hausmeister Service Heinrich e. K. durch die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH ein Bewertungsgutachten zugrunde? Falls ja: Welchen Inhalt hatte das Gutachten?
4. Wurde der Kaufpreis für den Erwerb des Handelsgeschäfts des Hausmeister Service Heinrich e. K. durch die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH bereits gezahlt?
5. In welcher Weise entspricht der Kauf des Hausmeisterservice Heinrich e. K. den Gesellschaftszweck der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH?
6. Hat die Gesellschafterversammlung der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH den Erwerb des Handelsgeschäfts des Hausmeisterservice Heinrich e. K. durch die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH gebilligt?
7. Welche Mitarbeiter der Stadt Genthin wurden bei den Kaufvertragsverhandlungen betreffend den Erwerb des Handelsgeschäfts des Hausmeisterservice Heinrich e. K. einbezogen?
8. Von welchem Tag datiert der Kaufvertrag über den Verkauf des Grundstückes Kaimauer und Gleis durch die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH an die ReFood GmbH & Co. KG?
9. Zu welchem Preis veräußerte die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH das Grundstück Kaimauer und Gleis an die ReFood GmbH & Co. KG?
10. Lag der Ermittlung des Kaufpreises für das Grundstück Kaimauer und Gleis ein Bewertungsgutachten zugrunde? Falls ja, welcher Wert wurde ermittelt?
11. Wurde der Kaufpreis für das Grundstück Kaimauer und Gleis durch die ReFood GmbH & Co. KG bereits an die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH gezahlt?
12. Wurde die ReFood GmbH & Co. KG im Grundbuch bereits als Eigentümer des verkauften Grundstückes eingetragen? Wann erfolgte die Eintragung?
13. In welcher Weise dient der Verkauf des Grundstückes Kaimauer und Gleis den Gesellschaftszweck der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH?
14. Zu welchem Zweck beabsichtigt die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH den Erlös aus dem Verkauf des Grundstückes Kaimauer und Gleis zu verwenden?
16. Welche Mitarbeiter der Stadt Genthin wurden bei der Verkaufsverhandlung einbezogen?
17. Ist ihnen bekannt, dass das Grundstück Kaimauer und Gleis für den Trink- und Abwasserverband (TAV) zu zukünftigen Abwasserklärung strategisch wichtig ist?
18. In welcher Weise wurden den Interessen des TAV Rechnung getragen?

19. Wer hat die Verhandlungen über den Verkauf des Grundstückes Kaimauer und Gleis mit der Käuferin ReFood GmbH & Co. KG geführt?
20. Von welchem Tag datiert der Kaufvertrag über den Verkauf des Grundstückes Kulturhaus an die Inprotec AG?
21. Zu welchem Preis veräußerte die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH das Grundstück Kulturhaus an die Inprotec AG?
22. Lag der Ermittlung des Kaufpreises für das Grundstück Kulturhaus ein Bewertungsgutachten zugrunde? Falls ja: Welcher Wert wurde ermittelt?
23. Wurde der Kaufpreis für den Verkauf des Grundstückes Kulturhaus durch die Inprotec AG bereits gezahlt?
24. Wurde die Inprotec AG bereits im Grundbuch als Eigentümerin des Grundstückes Kulturhaus eingetragen? Falls ja: Wann erfolgte die Eintragung?
25. In welcher Weise entspricht der Verkauf des Grundstückes Kulturhaus dem Gesellschaftszweck der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH?
26. Zu welchem Zweck beabsichtigt die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH den Erlös aus dem Grundstücksverkauf zu verwenden?
27. Hat die Gesellschafterversammlung der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH einen Beschluss über den Verkauf des Grundstückes Kulturhaus an die Inprotec AG gefasst? Falls ja: Welcher Inhalt hatte dieser Beschluss?
28. Welche Mitarbeiter der Stadt Genthin wurden bei der Verkaufsverhandlung betreffend des Grundstückes Kulturhaus einbezogen?
29. Haben Sie Kenntnis von weiteren Grundstücksgeschäften der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH in den Jahren 2018 und 2019 oder 2020? Falls ja: Wer sind die Parteien des Kaufvertrages, wird welches Grundstück ist betroffen, wie hoch ist der Kaufpreis, ist der Kaufpreis gezahlt, ist hier ist der Eigentumswechsel im Grundbuch vollzogen und zu welchem Zweck wird oder wurde der Erlös verwandt?
30. Haben Sie Kenntnis von bevorstehenden Grundstücksgeschäften der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH? Falls ja, welche Geschäfte sind das, welche Grundstücke sind betroffen, wie hoch soll der jeweilige Kaufpreis sein?
31. Welche beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenstände hat die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH in den Jahren 2018-2020 veräußert und zu welchem Zweck wurden die Erlöse aus den Verkäufen verwendet?
32. Warum weist der Jahresabschluss der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2018 zum 31.12.2018 als Passiva einen Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von EUR 110.016,56 gegenüber einem Rechnungsabgrenzungsposten im Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 zum 31.12.2017 in Höhe von EUR 17.929,58 aus? Welche unternehmerische Entscheidung rechtfertigt diese Differenz?

33. Warum haben sich die Aktiva der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH ausweislich der Jahresabschlüsse in den Jahren 2015 bis 2018 von einem Betrag in Höhe von EUR 1.231.858,67 auf eine Summe von EUR 882.246,89 reduziert? Welche unternehmerische Entscheidung begründet diese Differenz?

34. Wann wurde der Jahresabschluss der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2018 festgestellt?

35. Warum weist der Jahresabschluss der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH für das Jahr 2018 den 20.01.2020 als Feststellungsdatum aus, obwohl an diesem Tag keine Gesellschafterversammlung der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH stattgefunden hat?

36. Warum weist der Jahresabschluss 2018 der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH einen Kassenbestand i.H.v. EUR 219.826,66 € gegenüber einem Kassenbestand zum 31.12.2017 i.H.v. EUR 317.629,16 aus? Welche Entwicklung ist für diese Reduktion des Kassenbestandes verantwortlich?

37. Warum weist der Jahresabschluss 2018 der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH Sachanlagen in Höhe von EUR 401.595,62 gegenüber einem Bestand zum 31.12.2017 i.H.v. EUR 353.030,62 aus? Worauf ist diese Differenz zurückzuführen?

38. Warum erhöht sich der Jahresfehlbetrag im Jahresabschluss 2018 der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH auf EUR 199.808,36 gegenüber EUR 5.562,52 per 31.12.2017?

II. Es wird festgestellt, dass die Klage hinsichtlich des Auskunftsanspruchs zu Frage 2. - Zu welchem Preis erwarb die QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH das Handelsgeschäft des Hausmeisterservice Heinrich e. K.? - und zu 15. - Hat die Gesellschafterversammlung der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH einen Beschluss über den Verkauf des Grundstückes Kaimauer und Gleis an die ReFood GmbH & Co. KG gefasst? Falls ja: Welchen Inhalt hatte der Beschluss? - ursprünglich zulässig und begründet war und insoweit der Grund für die Klage nach Rechtshängigkeit weggefallen ist.

III. Es wird festgestellt, dass die Beklagten verpflichtet sind, daran mitzuwirken, dass der geschäftsführende Vorstand des Tourismusvereins Genthin, Jerichow, Elbe-Parey e.V. gestützt auf § 51a GmbHG ein Auskunftersuchen an die Geschäftsführung der QSG Qualifizierung-und Strukturfördergesellschaft mbH richtet, dass die im Schriftsatz vom 19.06.2020 enthaltenen Fragen zu 1, 3-14 und 16-38 zum Gegenstand hat.

Die Beklagten beantragen,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagten sind der Meinung, dass der Kläger keinen persönlichen Anspruch gegen sie habe. In Bezug auf die QSG sei nie ohne den Kläger gehandelt worden. Vor der Gesellschafterversammlung vom 30.07.2020 habe auch keine der Fragen beantwortet werden können. Der Geschäftsführer habe darin Erläuterungen zum Jahresabschluss erteilt und weiter Frage seien vom Kläger nicht gestellt worden mit dem Hinweis darauf, dass er die Antworten über die Gerichtsverfahren erhalte. Der Kläger habe nicht wie vereinbart eine Zusammenkunft zwi-

schen Gesamtvorstand und Geschäftsführer der QSG organisiert, in dem der Geschäftsführer einen Bericht zur Lage der Gesellschaft führen sollte.

## **Entscheidungsgründe**

1. Der Kläger hat hinsichtlich der gestellten Fragen keinen Auskunftsanspruch gemäß § 27 BGB gegenüber den Beklagten.

Nach der Satzung des Vereins hat es bei dem geschäftsführenden Vorstand bisher keine Ressortaufteilung gegeben. Da insoweit auch keine Aufgaben von einem Vorstandsmitglied selbständig zu erledigen sind, kann daraus keine gegenseitige Informations- und Überwachungspflicht abgeleitet werden. Auch aus einer gegenseitigen Treuepflicht kann eine Auskunftspflicht nur dann bestehen, wenn ein Handeln für den Verein erfolgt. Der Kläger hat nichts dazu vorgetragen, dass die Beklagten in den Fragenkomplexen mit Außenwirkung für den Verein tätig geworden sind oder warum die Beklagten einen Wissensvorsprung haben sollten. Der Kläger als Bürgermeister der Stadt Genthin müsste vielmehr einen Wissensvorsprung haben, da die Gemeinde bei Grundstücksgeschäften ein Vorkaufsrecht hat. Die gestellten Fragen betreffen interne Geschäftsvorgänge der QSG und die Beklagten sind in der Geschäftsführung dort nicht vertreten. Soweit sie schon am 24.06.2020 mitgeteilt habe, dass sie mangels Unterlagen die Fragen nicht beantworten können, so ist das nachvollziehbar. Die Beklagten müssen die Antworten nicht erfragen, um sie dann dem Kläger beantworten zu können. Dieses hätte der Kläger vielmehr in der Gesellschafterversammlung vom 30.07.2020 selbst tun können. Soweit dann in der Gesellschafterversammlung Antworten auf die Fragen erteilt wurde, so war der Kläger anwesend und hat den gleiche Wissensstand. Ein Auskunftsanspruch aus einer Treuepflicht dem Kläger gegenüber hat damit nie bestanden, so dass ein Auskunftsanspruch nicht besteht. Der Antrag zu Ziffer I. ist daher abzuweisen.

2. Der Feststellungsantrag zu Ziffer II. ist aus den gleichen Gründen abzuweisen.

3. Der Kläger kann von den Beklagten auch nicht verlangen, dass dem Geschäftsführer der QSG sein Fragenkatalog vom 19.06.2020 vorgelegt wird.

Grundsätzlich hat der Vorstand sich um die finanziellen Belange des Vereins zu kümmern und dazu zählt hier auch die geschäftliche Entwicklung der QSG, dem wesentlichen Vermögensgegenstand, zu überwachen. Die Fragen an den Geschäftsführer der QSG, die der Kläger zumindest teilweise nur im Interesse der Stadt Genthin formuliert hat (Fragen 7,16-18,28), müssen die Beklagten so jedoch nicht im Namen des Vereins stellen. Die Beklagten wollten vielmehr ihrer Verpflichtung dadurch nachkommen, dass eine Zusammenkunft zwischen Gesamtvorstand und Geschäftsführer der QSG organisiert wird, in der dann ein Bericht zur Lage der Gesellschaft von Herrn Bonitz erfolgen soll. Die dann noch offenen Fragen können die Mitglieder des Gesamtvorstandes dann stellen. Soweit die Beklagten behaupten, dieses Treffen wollte der Kläger organisieren, was jedenfalls bisher nicht geschehen ist, so müssen dieses nun die Beklagten organisieren, um ihrer organschaftlicher Verpflichtung nachzukommen. Eine mündliche Befragung ist, da dann auch gleich Nachfragen gestellt werden können, zu meist effektiver als lediglich die Vorlage eines Fragenkataloges. Dieses gilt umso mehr, als dass ein Anspruch auf schriftliche Auskunft nach § 51 a GmbHG grundsätzlich nicht besteht (Baumbach/Hueck, Zöllner, GmbHG, 20. Aufl., § 51a, Rdn.16). Im Übrigen ist der Vorstand auch nur weisungsgebunden gegenüber Beschlüssen der Mitgliederversammlung, die dazu bisher nicht befragt wurde.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 ZPO, die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit aus §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Diese Entscheidung kann mit der Berufung angefochten werden. Sie ist einzulegen innerhalb einer Notfrist von einem Monat bei dem Landgericht Stendal, Am Dom 19, 39555 Hansestadt Stendal.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der in vollständiger Form abgefassten Entscheidung. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Beschwerdegegenstand 600,00 € übersteigt oder das Gericht die Berufung in diesem Urteil zugelassen hat. Zur Einlegung der Berufung ist berechtigt, wer durch diese Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Die Berufung wird durch Einreichung einer Berufungsschrift eingelegt. Die Berufung kann nur durch einen Rechtsanwalt eingelegt werden.

Walter  
Richterin am Amtsgericht